

Kölner Eltern zahlen weniger für Kindergärten

BETREUUNG. Stadt plant bis zu zwei Jahre ohne Beiträge – Andere große Städte wollen dem Beispiel aber nicht folgen

VON HEINZ TUTT

Düsseldorf/Köln. Als erste Großstadt in NRW will Köln neben dem letzten nun auch das vorletzte Kindergartenjahr beitragsfrei stellen. Wie der Landtagsabgeordnete Martin Börschel, der zugleich Vorsitzender der Kölner SPD-Ratsfraktion ist, mitteilte, sollen so Zahlungen des Landes für die Freistellung im letzten Kindergartenjahr unmittelbar an die Eltern weitergegeben werden. Börschel reagierte damit auf einen Brief des Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, Norbert Römer, der alle SPD-Oberbürgermeister und Fraktionschefs aufgefordert hatte, Kompensationszahlungen des Landes komplett den Eltern zukommen zu lassen.

Die kommunalen Spitzenverbände gehen fiktiv davon aus, dass die Eltern bislang für 19 Prozent der Kindergartenkosten aufkommen. Diesen Prozentsatz erstattet das Land den Kommunen für das jetzt beitragsfrei gestellte letzte Kindergartenjahr. In Köln entspricht dies 13,3 Millionen Euro.

Landesweit zahlen Eltern im Schnitt nur 14 Prozent der Kosten. In Köln werden ihnen sogar nur elf Prozent der Kosten abverlangt. „Dies ist seit jeher politisch so gewollt, um trotz knapper Kassen Eltern zu entlasten“, sagte Börschel.

Den sich jetzt ergebenden Überschuss durch die Zahlungen des Landes will die Stadt unmittelbar an die Eltern weitergeben. „Mindestens acht Monate des vorletzten Kindergartenjahres, wenn möglich das ganze Jahr soll beitragsfrei gestellt werden“, sagte Börschel. Dies sei mit der Stadtspitze in Köln vereinbart, die sich dabei auf den Koalitionsvertrag beruft. Von 8100 Kindern in Köln seien zudem aktuell wegen geringen Einkommens der Eltern 3200 komplett vom Beitrag befreit. Die Stadtverwaltungen in Bonn und Leverkusen haben ihre Satzungen bereits geändert und das letzte Kindergartenjahr gebührenfrei gestellt. Auch Geschwisterkinder bleiben beitragsfrei. Dem Vorstoß Kölns will man aber nicht folgen.

› **Kommentar Seite 4**

› **Land/Region Seite 8**

20 Monate Kindergarten beitragsfrei

Vorbild Köln

HEINZ TUTT

Die Finanznot der Städte und der Gemeinden ist groß – so groß, dass einige Kommunen nicht davor zurückschrecken, Eltern zu belasten: Vergünstigungen, die die Landesregierung ihnen durch die Beitragsbefreiung für das letzte Kindergartenjahr zukommen lassen will, drohen zweckentfremdet zu werden. Quer durch alle Parteien versuchen viele Kämmerer, die Beitragsfreistellung von Geschwisterkindern faktisch auszuhebeln.

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft hat bereits Protest angekündigt und dem einen oder anderen Kommunalpolitiker mit SPD-Parteibuch telefonisch die Leviten gelesen. Vorschreiben kann sie den Kommunen allerdings nicht, wie diese ihre Gebührensatzung formulieren. Der Regierungschefin bleibt so nur die Überzeugungskraft, wenn sie ihr Wahlversprechen einlösen will, finanzielle

Barrieren in der frühkindlichen Bildung abzubauen.

Was selbstverständlich sein sollte, wird in der größten Stadt Nordrhein-Westfalens vorbildlich praktiziert. Die finanziellen Ausgleichsmittel des Landes für die Beitragsfreistellung im letzten Kindergartenjahr sollen in Köln komplett an die Eltern weitergegeben werden. Und da das Land großzügige Entschädigungszahlungen leistet, kann womöglich sogar ein weiteres beitragsfreies Jahr angeboten werden. Es ist kaum nachzuvollziehen, warum nicht auch andere Städte dem guten Beispiel folgen. Das Geld für die Kinder darf nicht zum Stopfen der Löcher in den städtischen Kassen verwendet werden. Und wenn schon keine vollständige Gebührenbefreiung für ein weiteres Jahr möglich ist, muss zumindest über eine drastische Reduzierung der Beiträge nachgedacht werden. ■

Debatte um Beiträge für Kitas

KINDERBETREUUNG

Sehr unterschiedliche Lage in den Städten

Hürth/Bergheim/Bergisch Gladbach. Das per Gesetz beitragsfrei gestellte dritte Kindergartenjahr und die Initiative Kölns, die Beitragsfreiheit zeitlich noch auszudehnen, sorgen für Diskussionen auch im Kölner Umland.

➔ **Was die Reform für Hürth** bedeutet, kann die Stadtverwaltung jedoch noch nicht sagen. Denn das Land habe bisher noch gar keine Verordnung verabschiedet, die regelt, wie hoch der Ausgleich für die Einnahmeausfälle durch die Beitragsfreiheit im dritten Kindergartenjahr sein werde, sagt Stadtsprecher Willi Pütz. Solange dieser Betrag nicht feststehe, könne die Stadt Hürth nicht abschätzen, ob die Kommune überhaupt über zusätzliches Geld verfügen könne. Und wenn dies der Fall sein sollte, würde Hürth dieses Geld in den Ausbau der Plätze für Kleinkinder unter drei Jahren stecken.

➔ **Die Stadt Bergheim** erhebt von Eltern, deren Bruttoeinkom-

men im Jahr unter 25 000 Euro liegt, keine Kindergartenbeiträge. „Das hat zur Folge, dass bei uns automatisch rund die Hälfte der Kinder in Kindergärten und Tagespflege beitragsfrei sind“, sagt Bergheims Beigeordneter Klaus-Hermann Rössler. Für Geschwisterkinder muss grundsätzlich kein Beitrag entrichtet werden.

➔ **In Bergisch Gladbach** wurde ausgerechnet, dass ein beitragsfreies Jahr die Stadt 1,5 Millionen Euro kostet. „Wenn das wirklich so umgesetzt wird, dann werden wir eine ganz neue Debatte in der Stadt um die Kindergartenbeiträge erleben“, prophezeit Bruno Hastrich, Fachbereichsleiter für Jugend und Soziales in der Stadtverwaltung. Hastrich: „Dieses Geld haben wir einfach nicht.“

Für die Verwaltung ist die Rechtslage eindeutig. Da die Stadt sich im Nothaushalt befindet, schreibe der Gesetzgeber zwingend vor, dass mögliche Einnahmen auch realisiert werden. Ein Blick in die „Gemeindehaushaltsverordnung“ reiche da aus. In den Kindertagesstätten müssten 19 Prozent durch Elternbeiträge erbracht werden. Gladbachs Bürgermeister Lutz Urbach (CDU) sagte dem „Kölner Stadt-Anzeiger“: „Wir können auch angesichts der Kölner Entscheidungen unseren Kurs nicht ändern.“ (*ub, dv, nie*)

➔ **Kommentar Seite 4**